

# Neue Trends in der Engagementlandschaft und regionaltypische Aspekte\*

Dr. Peter Zeman

Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin

Die Seniorenbüros sind heute allgemein anerkannt als eine wichtige Schaltstelle in der Infrastruktur der Zivilgesellschaft. Ihre Besonderheit ist einerseits das qualifizierte Anknüpfen an Bedürfnisse und Fähigkeiten älterer Menschen – jener Zielgruppe also, deren Bedeutung für die Gesellschaft unter den Vorzeichen des demografischen Wandels kontinuierlich zunimmt und andererseits die Verknüpfung ihrer Potentiale mit gesellschaftlicher Nachfrage.

## *Neue Trends*

Das Entstehen der Seniorenbüros ist selbst Ausdruck eines neuen Trends gewesen, nicht nur eines Trends, eher eines immer noch an Bedeutung gewinnenden *seniorenpolitischen Paradigmenwechsels*. In den 80er Jahren begann sich in der alten Bundesrepublik die Erkenntnis durchzusetzen, dass die traditionelle Altenhilfe und Altenarbeit nur einen bestimmten Teil der Älteren erreicht. Einen zu kleinen und für das Alter insgesamt nicht mehr repräsentativen Teil. Ausgehend von der Gerontologie setzte sich eine Differenzierung der Lebensphase Alter in die Phasen des so genannten 3. und vierten Lebensalters durch. Für das 3. Lebensalter gab es kaum Konzepte.

Die Vielfalt der Lebenslagen und Lebensstile im Alter und die guten Ressourcen einer breiten Schicht von älteren Menschen, die ins 3. LA hineingewachsen war, traten immer mehr ins Bewusstsein. Der Blick öffnete sich für die vielen Kompetenzen dieser älteren Menschen – Stichwort Erfahrungswissen - und für ihre mit steigenden Bildungsniveaus breiter werden Interessen. Es wurde klar: Hier ging es nicht um Hilfe, Betreuung und um Beschäftigung auf den Spielwiesen der Altenarbeit, sondern um die Nutzung dieser Möglichkeiten für sich und

---

\* Einführungsreferat auf der Fachtagung: „Freiwilliges Engagement älterer Menschen in Stadt und Land“.

andere, um Aktivierung und Unterstützung von Eigeninitiative und Selbsthilfe. Bei vielen jungen Alten, die - wegen ihres höheren Anspruchs auf eine aktive und autonome Gestaltung des Lebens im Alter - vielfach schon damals als die „neuen Alten“ bezeichnet wurden, stießen die klassischen Angebote der Altenarbeit auf wenig Gegenliebe.

Es ging aber nicht nur um anspruchsvollere und qualitativ bessere Angebote. Die in der Altenarbeit vorherrschende „Angebotsorientierung“ war generell in Frage zu stellen. Sie war mit ihren zu kleinen Spielräumen für Mitgestaltung nicht attraktiv für Menschen, die selbst aktiv werden wollten und lediglich dabei Unterstützung brauchten.

Um an die Interessen und Bedürfnisse dieser wachsenden Gruppe älterer Menschen anknüpfen zu können, mussten so genannte „Ermöglichungsstrukturen“ geschaffen werden. Ältere Menschen sollten darin unterstützt werden, sich ihrer eigenen Möglichkeiten besser bewusst zu werden, ihre Kompetenzen bewusster zu nutzen, aber auch zu erweitern und in selbstbestimmte und von ihnen selbst als sinnvoll erachtete Aktivitäten umzusetzen. Dies bedeutete, jenseits des Erwerbslebens neue Perspektiven und Tätigkeitsfelder zu eröffnen. Jenseits des Erwerbslebens – damit war der Schritt ins Bürgerschaftliche Engagement vorprogrammiert.

*Auch in der Engagementpolitik* wird von einem Paradigmenwechsel gesprochen. „Lange Zeit setzte man nur einseitig auf die Kräfte von Markt oder Staat und maß dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger inner- und außerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen keine oder lediglich geringe Bedeutung bei. (...) Dies hat sich grundlegend verändert. Die Bereitschaft der Bürger zur Selbstorganisation und ihr finanzieller wie nicht-materieller Beitrag (Zeit, Energie, Ideen) für gemeinschaftliche und gesellschaftliche Belange werden als Ausdruck einer vitalen Zivilgesellschaft und als Grundlage für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft angesehen (WZB, S. 7). Im Hintergrund dieses Paradigmenwechsels steht einerseits die deutliche Zunahme des Engagements, andererseits die politische Einsicht, dass bürgerschaftliches Engagement angesichts wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen dringend gebraucht wird.

Das sozioökonomische Panel belegt, dass *der Anteil der Engagierten* von 22,6 % im Jahre 1985 auf 30,4 % im Jahre 2007 gestiegen ist (WZB, 36). Andere Untersuchungen zeigen sogar Engagementquoten von über 34 % (prognos/generali) und 36% (Freiwilligensurvey 2004). In Deutschland gibt es heute rund 600.000 eingetragene Vereine, über 16.000 Stiftungen und

zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen in unterschiedlichen Rechtsformen. Dies ist aber möglicherweise nur die Spitze des Eisbergs, denn die Fülle der weniger formalisierten Projekte, der nachbarschaftlichen Initiativen oder des darüber hinausgehenden sog. informellen Engagements ist keineswegs erfasst (vgl. WZB, 7). Dies kann z.B. zu Fehleinschätzungen des Engagements in Ostdeutschland führen.

*Die Bereiche* in den sich die Menschen engagieren haben eine unterschiedliche Entwicklungsdynamik. Es wird erwartet, dass die Engagementnachfrage im Bereich „Kirche und Religion“ zurückgeht und in den Bereichen „Umwelt und Tierschutz“, „Kultur, Musik und Bildung“, „Sport, Freizeit und Geselligkeit“, „Politik und Interessenvertretung“, sowie „Lokales Bürgerengagement, Feuerwehr und Rettungsdienste, und anderes“ (wenn auch auf sehr unterschiedlichen Niveaus) relativ gleich bleibt. Einen Zuwachs an Nachfrage wird es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den Engagementbereichen mit unmittelbarem Zielgruppenbezug geben: Sowohl das Engagement für ältere Bürgerinnen und Bürger als auch für Kinder und Jugendliche gewinnt in Zukunft stark an Bedeutung. Deutlich wird die Nachfrage nach Engagement im Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich steigen (prognos/generali).

3

*Engagement wird gebraucht*, dies zeigen nicht nur theoretische Überlegungen, sondern auch solche Prognosen, weil es auf Bedarfe reagiert, die Staat und Markt allein nicht oder nicht ausreichend befriedigen können. Dahinter stehen die großen Herausforderungen eines tiefgreifenden sozialen Wandels, der sich aus vielen Teilprozessen speist, deren Wechselwirkungen weitgehend unüberschaubar sind.

Genannt wird in diesem Zusammenhang vor allem die zunehmende Globalisierung. Sie vollzieht sich – scheinbar eigendynamisch und weitab von der Lebenswelt der Menschen. Ihre Auswirkungen machen jedoch, wie wir an vielen Beispielen gerade in jüngster Zeit erfahren konnten, nicht auf der Ebene von Staaten halt, sondern reichen – vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht – häufig bis in die Regionen und Kommunen hinein und entfalten dort empfindliche Konsequenzen für die Lebenslagen der Menschen. Nicht selten entstehen dabei Gefühle des Ausgeliefertseins, der Ohnmacht und Resignation. Andere Stichworte sind: die rasante Veränderung der Arbeitswelt, die zunehmende Individualisierung der Menschen und die Pluralisierung ihrer Lebensstile und Lebenslagen - damit auch eine

Zunahme sozialer Ungleichheit. Insgesamt hat sich Komplexität der Lebensbedingungen erhöht und dies löst bei vielen Menschen eine diffuse Verunsicherung aus.

Daraus kann ein Rückzug ins häusliche Privatleben entstehen, für den Trendforscher den Ausdruck „Cocooning“ (sich in einen Kokon einspinnen) geprägt haben. Andere Menschen aber versuchen auch im öffentlichen Raum die Dinge soweit möglich selbst in die Hand zu nehmen. Sinn und Selbstvergewisserung finden sie in der gemeinschaftlichen Aktion mit anderen. Sie versuchen gestaltend einzugreifen, wo immer sie die Möglichkeit sehen, etwas zum Besseren zu wenden – das kann in der Nachbarschaft sein, in der Kirchengemeinde, in der Kommune. Wenn wir den Freiwilligensurvey anschauen, zeigt sich, dass dies nicht nur die Motivation vereinzelter „Helden des bürgerschaftlichen Engagements“ ist, sondern heute sehr viele Menschen antreibt.

Natürlich darf der demografische Wandel nicht unerwähnt bleiben. Die Herausforderungen durch diesen Mega-Prozess werden mittlerweile breit diskutiert. Sie haben viele Konsequenzen für das Engagement und gerade auch für die wachsende Bedeutung von Engagement im Alter. Die steigende Lebenserwartung und damit die neue Gewichtung der Altersphase im Lebenslauf schafft neue Gestaltungsmöglichkeiten für das Leben im Alter, aber auch Gestaltungsdruck. Das aus der Balance geratende demografische Gleichgewicht von alt und jung und die Schrumpfung der Bevölkerung führen dazu, dass der nachberufliche Einsatz älterer Menschen auch jenseits der Familie immer wichtiger wird. Innerhalb der Generationen und über Generationenunterschiede hinweg wächst der Bedarf nach sozialem Zusammenhalt, neuen Formen der Solidarität, neuen Formen der Integration, neuen Lebensorientierungen. Ein Bedarf der weder durch Konsumangebote noch durch staatliche Maßnahmen befriedigt werden, wohl aber durch eine funktionierende Zivilgesellschaft. Aber auch über solche oft als „weich“ definierten Bedarfe hinaus, entstehen angesichts der Größe der zu bewältigenden Aufgaben und der schwindenden Finanzkraft der öffentlichen Haushalte Lücken im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Der Staat – hier insbesondere die Kommune - allein kann es nicht mehr richten und Privatisierungsstrategien stoßen rasch eine Grenze der Wirtschaftlichkeit, wenn die Angebote auch für sozial schwache und wenig kaufkräftige Gruppen zugänglich bleiben sollen. Eine neue Perspektive eröffnet die „trisektorale“ Kooperation von Staat, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement. Allerdings stellen Staat und Wirtschaft ihre

Kooperationsfähigkeit und –breitschaft oft nicht ausreichend unter Beweis und auch eine starke Zivilgesellschaft mit breiter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen hat sich noch keineswegs ausreichend etabliert.

Auch im Bürgerschaftlichen Engagement spiegelt sich die soziale Ungleichheit der Gesellschaft. Eine heute oft eingeklagte engagementpolitische Aufgabe ist daher der Abbau der Barrieren für bislang engagementferne Menschen. Dies erfordert mitunter materielle Kompensationen von der Aufwandsentschädigung bis hin zu unterschiedlichen geldwerten Gratifikationen und geringfügiger Bezahlung. Allerdings ist die so genannte Monetarisierung des freiwilligen Engagements mit Vorsicht zu handhaben und gilt als äußerst umstritten. Unumstritten ist jedoch, dass ein gezieltes und qualifiziertes Empowerment Menschen auf den Weg bringen kann, sich für andere zu engagieren und dabei auch die eigenen Interessen zu vertreten.

### *Regionaltypische Aspekte*

Lücken in der Engagementlandschaft bestehen auch im eigentlichen Sinn des Wortes – sie sind geografisch und nach Siedlungsgrößen zu definieren. In empirischen Untersuchungen wurde ein doppeltes Gefälle der Engagementbeteiligung festgestellt. Einerseits von Süd nach Nord und von West nach Ost, andererseits vom Land zur Stadt.

Bereits die Freiwilligensurveys 1999 und 2004 zeigten in den südlichen Bundesländer – allen voran Baden-Württemberg – das höchste bürgerschaftliche Engagement. Dies hat sich nach den Angaben des Engagementatlas 2009 (prognos/generali) nicht verändert. Allerdings sieht die Rangfolge anders aus, wenn man nicht die Anzahl der Engagierten, sondern die eingesetzten Stunden betrachtet. Hier rückt Schleswig-Holstein an die erste Stelle.

### *Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland*

Ein Thema, welches die Engagementforschung noch weiter beschäftigt wird ist das Engagementgefälle von West nach Ost. Nach aktuellen Zahlen beträgt der Unterschied der Engagementquote 2008 fast 10 Prozentpunkte. Laut Freiwilligensurvey sind in allen ostdeutschen Ländern mit 31 % und nach dem Engagementatlas mit sogar nur 26,5 % weit weniger Menschen engagiert als in Westdeutschland mit 37 % bzw. nach dem

Engagementatlas 36,3 % (Gensicke 2009a.; Prognos/Generali 2009). Neben den Nachwirkungen der DDR-Vergangenheit sind es besonders die Folgen des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Umbruchs, die sich bis heute in manifesten sozioökonomischen Unterschieden niederschlagen und die Engagementbereitschaft beeinflussen (vgl. Priller/Winkler 2002; Roth 2001, zit. nach WZB, 2009:37).

Allerdings zeigt eine aktuelle Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) von Gensicke, Olk u.a. (2009) durchgeführt wurde, dass sich die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland nach der Wende kräftig und flächendeckend entwickelt hat. Trotz erhöhter wirtschaftlicher, sozialer und demografischer Probleme ist das gesellschaftliche Klima in Ostdeutschland gegenüber dem zivilgesellschaftlichen Engagement viel aufgeschlossener geworden und der Anteil freiwillig Engagierter hat sich in den neuen Bundesländern mit einem Zuwachs von drei Prozent dynamischer entwickelt als in den alten, wo er nur um ein Prozent stieg (vgl. BMFSFJ 2005, Gensicke 2009a). Darüber hinaus ist in Ostdeutschland besonders die Gruppe der zum Engagement bereiten auf 34 Prozent angestiegen (1999: 27 Prozent), was die Rede von einer »Gesellschaft des zivilgesellschaftlichen Potenzials« (Gensicke 2009a , S. 38) rechtfertigt.

Die Studie von Gensicke, Olk u.a. (2009) kommt für die ostdeutsche Zivilgesellschaft zu einer relativ optimistischen Prognose; unter anderem auch weil gerade Menschen, die bisher nur mäßig (oder auch weniger) von der gesellschaftlichen Transformation profitiert haben einen erheblichen zivilgesellschaftlichen Beitrag leisten. Während sich die höheren Bildungsschichten in zivilgesellschaftliches Engagement einbringen, mangelt es – ganz anders als in Westdeutschland – am Engagement der neuen ökonomischen Elite. Des Weiteren werden sowohl in den jüngeren, mittleren und älteren Jahrgängen Ostdeutschlands, insbesondere auch bei den Frauen, erhebliche Entwicklungspotenziale für die ostdeutsche Zivilgesellschaft festgestellt. Dass insbesondere, wenn man über die rein quantitativen Befunde hinausgeht Optimismus gerechtfertigt ist, zeigen aktive Menschen im dritten Lebensalter, die sich auch in Ostdeutschland stark engagieren. Wir kennen sie z.B. aus Bundesmodellprogrammen wie EFI, Selbstorganisation älterer Menschen, Aktiv im Alter – und vielen weiteren Initiativen). Die Stärke einer positiven Entwicklung in Ostdeutschland, so Gensicke, Olk u.a. (2009), hängt allerdings davon ab, in welchem Maße und vor allem auf

welche Weise wichtige gesellschaftliche Akteure wie Organisationen und Institutionen, die freie Wirtschaft sowie Politik, Staat und Behörden die Zivilgesellschaft in Zukunft fördern werden.

Einige Unterschiede zwischen Ost und West gelten als besonders auffallend: So der im Osten besonders deutliche Geschlechterunterschied in der Engagementbeteiligung, der zum einen mit dem knappen Zeitbudget von berufstätigen Frauen mit Familie erklärt wird, zum anderen mit dem geringeren Engagement älterer Frauen (ab 65 Jahre), deren Anteil in der Gruppe der Frauen relativ hoch ist (vgl. Gensicke 2009a, S. 29f.). Allgemein ist bei den älteren Altersgruppen eher Zurückhaltung wahrzunehmen, sie stellen die kleinste Gruppe unter den Engagierten und sie äußern häufiger als andere Gruppen auch für die Zukunft keine Engagementbereitschaft (vgl. Gensicke, 2009a, S.39ff.). Das heißt allerdings nicht, dass bei Senior/innen, die ja eine wachsende Bevölkerungsgruppe darstellen, kein Interesse bestünde, sich zu engagieren (Reim, 2009). Wir wissen jedoch aus qualitativen Interviews mit älteren Menschen, dass Verschlechterungen der privaten finanziellen Situation und der Abbau von technischer, sozialer und kultureller Infrastruktur für sie eine Engagementbarriere sind. Sie wünschen sich mehr professionelle Begleitung und Unterstützung, Aktivierung und tragfähige Engagementstrukturen (vgl. Albrecht/von Blanckenburg 2007 und 2008).

Ein besonders enger Zusammenhang mit dem freiwilligen Engagement besteht – neben Haushaltsgröße und Mobilität – bei soziokulturellen Merkmale wie Wertorientierung und politischem Interesse (vgl. Gensicke 2009b, S. 59ff.) Sie haben größere Bedeutung für das Engagementverhalten als ökonomische Faktoren. Den stärksten Einfluss hat ein politisch-öffentliches Interesse; gerade dies aber ist in Ostdeutschland geringer verbreitet als in Westdeutschland (vgl. ebd.). Nicht anders als in Westdeutschland bringen sich auch in Ostdeutschland freiwillig Engagierte häufig in mehrere Projekte, Vereine und Initiativen ein, so dass in Kommunen dann oft ein Kern engagierter Personen existiert, von denen zahlreiche Aktivitäten ausgehen (vgl. z.B. Berger/Neu 2007; Dienel et al. 2008; Laschewski et al. 2006; Stöber 2006).

In Ostdeutschland werden die Engagementstrukturen, so die Studie von Gesicke, Olk u.a. (2009), wesentlich von zwei Besonderheiten beeinflusst: Zum einen wirken Engagementtraditionen aus der Zeit der DDR nach, zum anderen die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs und der Transformationsprozesse. Ehrenamtliche Tätigkeiten waren in der DDR sehr eng mit dem politischen System und den Betrieben verbunden. Ein eigenständiger und unabhängiger »Dritten Sektor« wie in Westdeutschland existierte nicht. SED-Machtmonopol und die »Durchorganisation« der Gesellschaft erlaubten eine Teilhabe und Mitwirkung der Bürger/innen an der Gestaltung politischer Angelegenheiten nicht. Es gibt, so die Autoren der Studie, daher weniger (positive) Erfahrung mit Demokratie und Selbstverwaltung. Die großen Verbandsorganisationen des dritten Sektors haben heute im Osten weniger Mitglieder, u. a. aufgrund fehlender Milieubezüge. So gibt es z. B. insbesondere in Kirchen und religiös geprägten Einrichtungen aufgrund geringerer konfessioneller Bindungen weniger Engagierte als in Westdeutschland. Die Nischenfunktion der Kirche als Sammelbecken für politisches und ökologisches Engagement ist mit der Wiedervereinigung weggefallen. Der Aufbau und die Weiterentwicklung von Engagementinfrastruktur werden durch klamme öffentliche und private Finanzmittel gebremst. Im Einwerben von Mitteln sind oft geringe Erfahrungen vorhanden. Zudem sind dem Sponsoring durch Unternehmen Grenzen gesetzt: Zum einen gibt es in ostdeutschen weniger (große) Betriebe und zum anderen sind diese wirtschaftlich oft auch an ihren Grenzen.

Allerdings stellt die zitierte Untersuchung auch fest, dass sich weit verzweigte Strukturen informellen Engagements und der Hilfe auf Gegenseitigkeit herausgebildet haben. Diese Netzwerke werden vermutlich oft übersehen. Einige Studien erkennen eine gute Basis für Gemeinschaftlichkeit und kollektive Aktionen in Ostdeutschland. Der Wunsch nach Gemeinschaftlichkeit und kollektiven Aktionen sowie eine starke Familienorientierung wirken weiter nach. Kommunen halten sich mit der Übertragung sozialer Aufgaben an nicht-staatliche Organisationen und Bürgergruppen teilweise zurück. Dies mag in der sozialistischen Vorstellung eines starken Staates begründet sein, der für die allumfassende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen zuständig ist. Hier ist jedoch eine Veränderung zu beobachten, die im Kontext des demografischen Wandels und seiner Bewältigung steht sowie in der sich verändernden Rolle des Staates und in der Krise des herkömmlichen Systems wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in Deutschland begründet (Gesicke, Olk u.a. 2009).

### *Unterschiede zwischen Stadt und Land*

Deutliche regionale Unterschiede in der Engagementquote zeigen sich in Bezug auf Gemeindegrößenklassen bzw. den Urbanisierungsgrad: Bürgerschaftliches Engagement ist in ländlichen und kleinstädtischen Regionen häufiger zu finden als in den Mittel- und Großstädten. Allerdings gibt es auch Befunde, wonach sich – gerade in Ostdeutschland – die Zivilgesellschaft auf suburbane Siedlungsräume konzentriert und in den sehr kleinen Siedlungsformen und in strukturschwachen ländlichen Regionen fehlt.

Spürbar werden die Lücken der Zivilgesellschaft in strukturschwachen ländlichen Randgebieten, die von einer starken Abwanderung der Jungen – insbesondere der Frauen – geprägt sind, wodurch sich die Schrumpfung und Überalterung der Bevölkerung verschärft. Zwischen der Altersstruktur einer Region und ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage gibt es deutliche Wechselwirkungen. Entscheidend für die Altersstruktur einer Region ist die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, denn sie trägt wesentlich dazu bei, ob sich jüngere Menschen in der Phase der Familiengründung ansiedeln, oder ob sie wegziehen.

Der Alterungsprozess der Bevölkerung beschleunigt sich immer dann, wenn aus einer Region viele junge Menschen abwandern oder überdurchschnittlich viele ältere Menschen zuwandern. Negative Wechselwirkungen zwischen Alters- und Wirtschaftsstruktur können zu einer Abwärtsspirale führen, die einen Abbau von Infrastruktur nach sich zieht, die gerade von Älteren, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind, dringend gebraucht würde. Dies führt zu erheblichen Verlusten an Lebensqualität.

Gerade hier fehlt es dann aber auch an zivilgesellschaftlicher Infrastruktur ohne deren Stützung das Bürgerschaftliche Engagement völlig überfordert ist. Mit entsprechender Unterstützung von außen und mit kreativen Formen der Engagementförderung – etwa regionalen Netzwerken und so genannten Engagementlotsen als Anregern und Ankerpunkten - kann aber auch hier Engagement über den informellen Bereich hinaus mobilisiert werden. Viele gute Beispiele sind bekannt, wie Versorgungsengepässe und Mobilitätsprobleme durch bürgerschaftliche Mitverantwortung gemildert werden können.

Die Raumplaner raten, in einigen Regionen von der Leitidee des Wachstums Abstand zu nehmen und die Kräfte auf die Gestaltung des notwendigen Abbaus und Umbaus überdimensionierter kostenverschlingender Strukturen zu konzentrieren. Folgt man ihnen, so muss die auch heißen, mit neuen Ideen und Strategien die „Freundlichkeit des Ortes“ sozial und ökologisch zu verbessern. Der Zivilgesellschaft kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

Ich möchte *zum Schluss* noch einmal auf meine Eingangsüberlegungen zur Bedeutung der Seniorenbüros zurückkommen. Seniorenbüros sind – das ist ihre Charakteristik - an der Schnittstelle von moderner Seniorenpolitik und Engagementpolitik angesiedelt. Ihr Erfolg steht und fällt mit der Fähigkeit, Entwicklungen aus beiden Bereichen aufzugreifen.

Einige Entwicklungen und Einflüsse auf das Engagement habe ich skizziert. Abschließend möchte ich zwei Orientierungen benennen, die die Seniorenbüros in besonderer Weise betreffen:

In der *Seniorenpolitik* ist dies die Orientierung an neuen Altersleitbildern. Diese Leitbilder setzen bei der generationenverträglichen Gestaltung des demografischen Wandels auf die Bedeutung und aktive Rolle der Älteren selbst. Im Westen ist die seniorenpolitische Entwicklungslinie gut nach zu verfolgen: Sie führte von der Hilfe über die Selbsthilfe und schließlich zum bürgerschaftlichen Engagement, von der Selbstverantwortung zur Mitverantwortung. In den östlichen Bundesländern fehlt diese Entwicklungslinie und es wird ein Mangel an Leitbildern für ein aktives, engagiertes und produktives Alter beklagt. Die Modernisierung der Seniorenpolitik, überhaupt seniorenpolitische Ansätze, die über Altenhilfe und Pflege hinausgehen, müssen oft in der Praxis erst noch ankommen. Konzeptionelle Entwicklungen, die sich Westen über viele Jahre schrittweise vollzogen haben, sind im Osten sehr schwer mit einem Schlag nachzuholen. Umso mehr wohl müssen hier Hilfe zur Selbsthilfe und mitverantwortliche Partizipation der Älteren als aktive Bürger stärker zusammen gedacht und simultan vorangetrieben werden.

Und in der *Engagementpolitik*? Hier ist zu erwarten, dass die Forderung nach Schaffung einer soliden und dauerhaft gesicherten Infrastruktur weiter an Boden gewinnen wird, vor allem aber in den ostdeutschen Kommunen und Regionen. Vermutlich wird sich in vielen vom demografischen Wandel betroffenen Kommunen und Regionen die Erkenntnis

durchsetzen: Die öffentliche Hand allein kann nicht alles richten, Erwartungen an eine umfassende Versorgung müssen gebremst werden und die Bürger, insbesondere auch die älteren sind zu mehr Selbstverantwortung und Mitverantwortung aufzurufen. Aber Engagement lässt sich nicht verordnen und auch nicht durch bloße Appelle in Gang setzen. Wenn dies einmal begriffen ist, könnten qualifiziertere Bemühungen folgen, das Engagement zu wecken, es besser zu unterstützen und als eine wichtige Ressource zu pflegen. Was braucht man dafür?

Vieles spielt eine Rolle. Aber vor allem eine geeignete Infrastruktur. Und gerade in engagementschwachen Regionen mangelt es daran. Diese stützende Struktur ist nicht umsonst zu haben, aber sie zahlt sich aus und es gibt überdies kreative Wege, etwa den der Vernetzung, um den erforderlichen Mitteleinsatz zu begrenzen. Schlüsselfunktion haben qualifizierte Schaltstellen, die der Anregung, Qualifizierung und Begleitung des Engagements dienen, die seine Nachhaltigkeit sichern und das Engagementangebot mit Bedarfen aus dem Umfeld zur Passung bringen.

Dies ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die nur lösen kann, wer seine Antennen nach beiden Seiten hin ausfährt. Weder das Engagement noch die Nachfrage danach sind feste Größen sind, und es gibt schwer kalkulierbare Bewegungen, und daran müssen sich auch die Seniorenbüros abarbeiten - aber es ist doch gut, wenn sich etwas bewegt.

11

*Dr. Peter Zeman ist Senior Advisor am Deutschen Zentrum für Altersfragen, Berlin.*

*Email: peter.zeman@dza.de*